

Protokoll Nr. 15 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 25.03.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:30Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat | Songül Aslan
Christian Carstens
Gudrun Eickelberg
Wiebke Feuerhake
Maria-Katharina Gonther
Dr. Vera Helling
Klaus-Peter Land
Kay Middendorf
Maria Schmidt
Dr. Hans-Peter Volkmann | Miriam Benz
Hela Dumas
Anna Faethe
Dr. Michael Fillié
Markus Gonther
Sandor Herms Herms
Jörn Linnertz
Gabriele Schmidt
Dr. Wolfgang Schober |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Dr. Karin Mathes | |

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 14 der Beiratssitzung am 25.02.2021 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Frau Dr. Helling habe festgestellt, dass in der Scharnhorststraße an der Kreuzung Heinrich-Heine-Straße Fahrzeuge des dort ansässigen Pizza-Liefer-Dienstes in der Regel so an der Straße parkten, dass Stau an der Kreuzung entstehe. Sie habe bei dem Pizza-Liefer-Service bereits darum gebeten, dass die Autos eingeparkt werden mögen. Dies sei jedoch nicht erfolgt. Daher äußert sie die Bitte, dass der Fachausschuss Verkehr nach Lösungsmöglichkeiten suche. Wie Herr Dr. Volkmann ausführt, sei das Thema bereits in der letzten Legislaturperiode beraten worden, mit dem Ergebnis, dass es diesbezüglich von Seiten des Beirats keine Möglichkeiten gebe einzugreifen und die Zuständigkeit bei der Polizei oder bei der Verkehrsüberwachung liege. Daher sehe er keine Notwendigkeit einer Beratung im Verkehrsausschuss.

Herr Raschkewitz (Polizeirevier Schwachhausen) teilt mit, dass das Problem bisher nicht an ihn herangetragen worden sei; er sagt aber zu, dem nachzugehen.

Herr Middendorf berichtet, dass dem Beirat ein Schreiben eines Bürgers zugegangen sei, mit dem Hinweis, dass die Zufahrt von der Schwachhauser Heerstraße zum Wohnpark Schwachhausen abgesperrt worden sei, entgegen der Aussage der Baubehörde, dass diese von u.a. Lieferfahrzeugen genutzt werden solle – anstelle der temporären Zuwegung aus der Scharnhorststraße.¹

Wie von Herrn Middendorf gewünscht, sagt Frau Dr. Mathes zu, dass das Ortsamt bei der Baubehörde nachfragen werde, ob diese Darstellung den Tatsachen entspreche.

Wie Frau Eickelberg mitteilt, habe sie beobachtet, dass im Zuge der Verlegung der Glasfaserleitungen mit Baggern auf Gehwegen, ohne Einhaltung des Baumschutzes, gearbeitet worden sei.

¹ Das Thema wurde ausführlich in der Sitzung des Fachausschusses „Bau und Stadtentwicklung“ am 11.02.2021 beraten, siehe [Protokoll Nr. 13](#).

Der Umweltbetrieb Bremen (UBB) habe auf ihre Information hin den Fall vor Ort geprüft und bestätigt, dass die Baustelle nicht ordentlich gesichert sei. Der UBB habe sich diesbezüglich an die wesernetz Bremen GmbH als zuständige Firma gewandt, die sich jedoch nicht weiter um die Behebung des Problems gekümmert habe.

Auf Nachfragen von Seiten einiger Beiratsmitglieder erläutert Frau Dr. Mathes, dass der UBB Hinweisen auf fehlenden Baumschutz bei Baumaßnahmen im öffentlichen Raum nachgehe, ständige Kontrollen aufgrund der Vielzahl an Baumaßnahmen jedoch schwer umzusetzen seien. Sie sagt zu, das Thema Baumschutz bei Bauvorhaben noch einmal im Fachausschuss Umwelt und Klimaschutz ausführlicher zu beraten.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes weist auf die Zwischenantwort der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) zum Beiratsbeschluss „Erstellung eines Betriebsplans als Grundlage zur Einführung eines Bewohnerparkgebietes“ hin, die besagt, dass eine Umsetzung noch dauern werde und damit zusammenhängende Fragestellungen u.a. im Rahmen der Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans unter Beteiligung der Beiräte bearbeitet werden sollen.²

TOP 2: Antrag SPD + GRÜNE: Umsetzung des „1.000-Bänke-Programms“

Frau Faethe stellt zunächst das 1.000-Bänke-Programm und anschließend den Antrag der SPD und Grünen zur Umsetzung des Programms vor: Der Antrag beinhalte, dass der Beirat Schwachhausen das 1.000-Bänke-Programm des Senats begrüße, Vereine, Initiativen, Stiftungen und Sponsoren in Schwachhausen auffordere, sich an diesem Programm zu beteiligen und die Beiratsmitglieder und das Ortsamt die Suche und Umsetzung von Standortvorschlägen mit ihren Möglichkeiten unterstützen.³

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Volkmann, ob es nicht die Aufgabe des Senats sei, für das Programm zu werben, antwortet Frau Faethe, dass dies kein Hinderungsgrund sei, das Programm zusätzlich zu bewerben und zu vermitteln. Der Beirat kenne zudem den Stadtteil und die Akteure.

Frau Dr. Mathes merkt an, dass für das Aufstellen von Bänken im *öffentlichen* Raum der bessere Weg eine Finanzierung über das Stadtteilbudget sei, weil das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) nicht die Verkehrssicherungspflicht übernehme und es erfahrungsgemäß schwierig sei, Bürger*innen zu finden, die die damit einhergehenden Verpflichtungen eingingen bzw. eingehen könnten.

Frau Gabriele Schmidt äußert Kritik an den Bänken: Diese seien auf drei Personen begrenzt, man könne sich aufgrund der Konstruktion einander nicht zuwenden, sie seien ungemütlich und nicht gut geeignet für jüngere Menschen, die diese Bänke mit Sicherheit auch nutzen würden.

Frau Dr. Mathes lässt über den Antrag abstimmen:

Dieser wird bei zwölf Ja-Stimmen, einer Ablehnung (CDU) und sechs Enthaltungen (fünf Stimmen der CDU, eine Stimme Die Linke) mehrheitlich angenommen.

TOP 3: CDU-Antrag: Auskunftsrecht zu politischen Fragen der Fernwärmeversorgung

Herr Linnertz stellt den Antrag der CDU vor: Die vom Beirat beschlossenen Fragen zur Fernwärmeversorgung seien von SKUMS nur zum Teil beantwortet worden.⁴ Um abschließend das geplante Vorhaben der Fernwärmeverbindungsleitung bewerten zu können, seien Antworten zu allen gestellten Fragen erforderlich. Da das Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter diesbezüglich

² Das Antwortschreiben von SKUMS ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

³ Informationen zu dem Programm „1.000 Bänke für Bremen“ sind dem Flyer zu entnehmen, der dem Protokoll als **Anlage 2a** angefügt ist. Der Antrag der Fraktionen der SPD und Grünen ist dem Protokoll als **Anlage 2b** angefügt.

⁴ Informationen hierzu sind zu finden in dem Protokoll der Beiratssitzung vom 25.02.2021 unter [Protokoll Nr. 14](#) mit den Anlagen 1a [Antwort der SKUMS zur Fernwärme](#) und 1b [Antwort swb zur Fernwärme](#) sowie in dem Protokoll der Beiratssitzung vom 28.01.2021 unter [Protokoll Nr. 13](#) mit den Anlagen 5a [Informationsanfrage Fernwärmetrasse](#), 5b [Antwort der SKUMS Informationsanfrage zur Fernwärmeverbindungsleitung](#), 6a [Antrag der CDU zur Fernwärmetrasse](#) und 6b [CDU/LINKE Aktualisierte Informationsanfrage zur Fernwärmetrasse](#).

nicht eindeutig sei, solle die Senatorin für Justiz und Verfassung um rechtliche Beratung gebeten werden, ob SKUMS in diesem Fall zu einer weitergehenden Auskunft verpflichtet ist. Es gehe auch darum, sich für ein umfangreiches Auskunftsrecht der Beiräte stark zu machen.⁵

Frau Eickelberg befürwortet den Beschlussvorschlag, äußert jedoch Kritik an der Begründung.

Herr Linnertz unterbreitet daraufhin den Vorschlag, über den Antrag ohne die Begründung abzustimmen.

Frau Dr. Mathes kommt dem nach und lässt über den Antrag mit der vorgeschlagenen Änderung abstimmen:

Dieser wird bei 18 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme (Die Grünen) angenommen.

TOP 4: Antrag GRÜNE + SPD: Ein Fahrradmodellquartier für Schwachhausen

Frau Dr. Mathes teilt eingangs mit, dass sich die Fraktion Die Linke zwischenzeitlich dem Antrag der Fraktionen der Grünen und SPD angeschlossen habe.

Herr Land stellt den gemeinsamen Antrag vor:⁶ Als drittes Modellquartier in Bremen solle gemeinsam mit Bewohner*innen eine Fahrradzone im Gete-Viertel entstehen und im ersten Schritt SKUMS aufgefordert werden, dazu ein Konzept zu entwickeln. Bei einer Fahrradzone handele es sich um ein System von Fahrradstraßen, wobei das Fahrrad als bevorrechtigtes Verkehrsmittel gelte. Es könnten zusätzliche Services wie Luftstationen und Lastenradstationen entstehen. Zwei Fahrradstraßen in dem Quartier seien bereits eingerichtet. Bei einem Netz von Fahrradstraßen müsse die Rechts-vor-Links-Regelung nicht aufgehoben werden. Durch entsprechende Bundesprogramme könnten möglicherweise zusätzliche Mittel akquiriert werden, sodass mit Einrichtung einer Fahrradzone die Möglichkeit bestehe, endlich marode Straßenbeläge ausbessern zu lassen, wie in der Colmarer Straße, Uhlandstraße und einem Abschnitt der Elsasser Straße.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird der Antrag mit folgenden Argumenten abgelehnt:

- Es handele sich dabei um einen gravierenden Eingriff in den Verkehr des Stadtteils mit erheblichen Auswirkungen auf die Anwohner*innen und allen Verkehrsteilnehmenden.
- Die Meinungen der Anwohner*innen dazu sollten vorab eingeholt werden, um herauszufinden, wo Handlungsbedarf bestehe. Zudem sollten die Einschätzungen der Polizei und des ASV herangezogen werden.
- Es werde kein Nutzen einer Fahrradzone gesehen – auch in Verbindung mit dem Aufwand. Bei den beiden Hauptdurchgangsstraßen handele es sich bereits um Fahrradstraßen.
- Mit dem Fahrrad seien die Straßen – mit Ausnahme der Uhlandstraße – gut befahrbar. Statt der Einrichtung einer Fahrradzone solle eine Sanierung der Uhlandstraße angestrebt werden.
- Für eine Verdrängung des Autoverkehrs aus Klimaschutzgründen bestehe keine Notwendigkeit, da das Ende des Verbrennungsmotors ohnehin absehbar sei.
- Der Antrag sei rein ideologischer Natur.

Die Fraktionen der Grünen, SPD und Linken benennen folgende Vorteile eines Fahrradmodellquartiers und merken zu den Argumenten der CDU Folgendes an:

- Es sei vorgesehen, die Bewohner*innen in die Planungen einzubeziehen, aber im ersten Schritt gehe es darum, einen entsprechenden Prüfauftrag auf den Weg zu bringen.
- Dem Radverkehr werde in einem ausgewiesenen Fahrradquartier mehr Raum gegeben und die Sicherheit des Radverkehrs werde erhöht.
- Durch eine Fahrradzone komme es zu keinen Verboten, die Kfz-Nutzer*innen betreffend – der Radverkehr sei lediglich gegenüber dem motorisierten Individualverkehr bevorrechtigt.

⁵ Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

⁶ Der ausführliche Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

- Es bestehe dringender Handlungsbedarf hinsichtlich des Klimaschutzes. Die Fahrradfreundlichkeit zu erhöhen, sei ein Schritt, um Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen und einen Beitrag zur dringend notwendigen Verkehrswende zu leisten.
- Die Förderung alternativer Verkehrsmittel zum Auto sei zudem wichtig, damit sich die Kfz-Verkehre und das Parken auf Gehwegen verringerten und somit die Aufenthaltsqualität erhöht werde.
- Es bestehe durch die Einrichtung einer Fahrradzone die Möglichkeit, gemeinsam mit den Anwohner*innen Modelle zur Verkehrsberuhigung und zur Verbesserung der dortigen Verkehrssituation zu entwickeln.
- Dringend erforderliche Straßensanierungen seien vom Beirat bereits oftmals erfolglos gefordert worden. Eine Chance auf Fahrbahnerneuerungen in diesem Quartier biete sich durch den Versuch Fördermittel einzuwerben, die es zurzeit von Seiten des Bundes für solche den Radverkehr fördernde Modellvorhaben gebe.

Frau Dr. Mathes lässt nach ausgiebiger Diskussion über den Antrag abstimmen: Dieser wird mehrheitlich bei zwölf Ja-Stimmen, einer Enthaltung (FDP) und sechs Gegenstimmen (CDU) beschlossen.

TOP 5: Anhörung: Markierung in der Heinstraße zur Verbesserung der Sichtbeziehungen

Gemäß Frau Dr. Mathes liege vom ASV eine Anhörung zur Anbringung einer Zickzack-Markierung in der Heinstraße im Einmündungsbereich zur Friedhofstraße vor, um das dortige Parken zu unterbinden und somit die Sichtbeziehungen zu verbessern.⁷ Der Fachausschuss Verkehr hatte bei drei Gegen-Stimmen der CDU-Fraktion keine Einstimmigkeit erzielt, sodass keine Beiratsbeschluss zustande gekommen sei.

Herr Dr. Volkmann erläutert zur Ablehnung seiner Fraktion, dass diese Maßnahme hinsichtlich einer Verbesserung der Verkehrssicherheit, auch von Seiten der Polizei, als nicht erforderlich erachtet worden sei.

Herr Raschkewitz korrigiert daraufhin seine in der Fachausschusssitzung Verkehr getätigte Aussage dahingehend, dass er sich nach nochmaliger Prüfung vor Ort doch für die Umsetzung dieser Maßnahme ausspreche.

Frau Dr. Mathes lässt über die Anhörung abstimmen:

Bei zwölf Ja-Stimmen, einer Gegenstimme (CDU) und fünf Enthaltungen (CDU) stimmt der Beirat der vorgesehenen Maßnahme mehrheitlich zu. Ein Beiratsmitglied war bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.

TOP 6: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecherin	Vorsitzende	Protokoll
Eickelberg	Dr. Mathes	Auras

⁷ Die Anhörung kann abgerufen werden unter [Anhörung Heinstraße](#) (Anlage 6 zum [Protokoll Nr. 10](#) der Fachausschusssitzung Verkehr am 03.03.2021).